

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juni 2019

Nr.06 · 15. Jahrgang

Kommunal- und Europawahl in Potsdam – vorläufige Ergebnisse

Nach Auszählung aller 175 Wahlbezirke stand zum Redaktionsschluss auch das vorläufige Ergebnis der Kommunalwahl in Potsdam fest. Erstmals seit 1998 ist die SPD wieder stärkste Kraft in der Stadt. Sie erhält 19,4 Prozent aller Stimmen - ein Minus von 4 Prozentpunkten im Vergleich zur Kommunalwahl 2014. Die Grünen gewinnen 6,8 Prozentpunkte dazu und werden mit 18,7 Prozent Zweite. Dritter wird DIE LINKE mit 18,1 Prozent (-7,2 Prozentpunkte), gefolgt von der CDU mit 12,4 Prozent (-3,1 Prozent). Die Wählergemeinschaft Die Andere erzielt ein Ergebnis von 10,4 Prozent, die AfD 9,4 Prozent, die FDP 4,9 Prozent, das BürgerBündnis 3,9 Prozent, Die Partei erhält 1,6 Prozent und die BVB/Freie Wähler 1,2 Prozent.

In der Stadtverordnetenversammlung, die am 19. Juni ihre konstituierende Sitzung hat, erhält die SPD elf Sitze. DIE LINKE und die Grünen bekommen je zehn Sitze, die CDU sieben Sitze, Die Andere sechs Sitze, die AfD fünf Sitze. Die FDP bekommt drei Sitze, das BürgerBündnis 2 Sitze, Die Partei und die



Zum Abschluss der Wahlkämpfe traf man sich noch einmal am 25. Mai 2019 am Brandenburger Tor in Potsdam (mehr auf Seiten 6 und 7) Foto: B. Martin

BVB/Freie Wähler jeweils einen Sitz. Insgesamt sind 56 Stadtverordnete plus der Oberbürgermeister stimmberechtigt.

Die detaillierten vorläufigen Endergebnisse und Sitzverteilungen sind im Internet abrufbar.

Nach Auszählung aller Wahlbezirke

steht auch das vorläufige Ergebnis der Europawahl in Potsdam fest. Bei einer Wahlbeteiligung von 63,9 Prozent gewinnt die Partei der Grünen 23,2 Prozent aller Stimmen. Es folgen die SPD mit 17,8%, DIE LINKE mit 14,6%, die CDU mit 12,5% und die AfD mit 10,9%. Die Partei hat 4,9, die FDP 4,3 Prozent.

Was uns da so blüht ...

Es ist geschafft: Die Kommunal- und auch die Europawahlen sind unter Dach und Fach. Da unserer Redaktion zum Redaktionsschluss nur vorläufige Tendenzen vorlagen, wollen wir die Ergebnisse nicht weiter kommentieren. Und wir können an dieser Stelle erstmal nur allen gewählten Volksvertretern unsere Glückwünsche übermitteln. Ja, wir haben leider nicht unser Ziel erreicht, wieder – wie 2014 – stärkste Fraktion zu werden.

Die Wahlbeteiligung war im Vergleich zu vergangenen Wahlen gut. Manch einer spricht deshalb auch davon, dass „die Demokratie gesiegt“ habe. Das mag ja wegen der Teilnehmerzahlen so empfunden werden. Aber die Ergebnisse sind nicht besonders „Demokratie verdächtig“ – die AfD hat einen „unerwarteten“ Zulauf in unserem Land zu verzeichnen.

Schon im Vorfeld waren nicht nur

mir mehr oder weniger schöne Wahlplakate mit sehr üblen Inhalten ins Auge gefallen: Vor allem die von bestimmten Parteien des „rechten Randes“, die offen und konkret „Multikulti tötet“ und vor dem Hintergrund von Gitterstäben eines Gefängnisses „Reserviert für Volksverräter“ schrieben. Die Klage gegen solche volksverhetzende Parolen und Plakate hatte keinen Erfolg.

Ein weiterer Fall rechtsstaatlicher Sichtweise auf rechte Wahlhalte: Der NPD waren seitens des RBB zwei Sendeplätze zur Ausstrahlung eines 90-sekündigen Fernseh-Wahlwerbespots am 30. April und am 17. Mai 2019 (pflichtgemäß) zugeteilt worden. Den von dieser Partei zur Ausstrahlung eingereichten Wahlwerbespot lehnte der RBB jedoch mit für sofort vollziehbar erklärtem Bescheid vom 30. April 2019 ab, da dieser einen offenkundigen und

schwerwiegenden Verstoß gegen den Straftatbestand der Volksverhetzung enthielt.

Der Wahlwerbespot begann mit den Worten „Seit der willkürlichen Grenzöffnung 2015 und der seither unkontrollierten Massenzuwanderung werden Deutsche fast täglich zu Opfern“, was bildlich mit immer schneller werdenden Einblendungen von Tatorten und Namen von Opfern von Gewaltdelikten/Tötungsdelikten unterlegt wurde. In der Folge wurde die Einrichtung von „Schutz-zonen“ als Orten, „an denen sich Deutsche sicher fühlen sollen“ in Aussicht gestellt.

Die NPD wehrte sich und ging bis vor's Bundesverfassungsgericht. Und das fällt eine für den Normalverbraucher möglicherweise unverständliche Entscheidung: Die Fernsehanstalten der ARD müssen den Clip der Rechts-

(Fortsetzung auf Seite 2)

In dieser Ausgabe

- LINKS informiert**
2 Neues Schulhaus am Schlaatz/Förderprojekte/Mehr Demokratie wagen
- LINKS kommentiert**
3 KiTa-Qualitätsgesetz/“Leipziger Erklärung“ der LINKEN Fraktionsvorsitzenden
- LINKS im Kalender**
4 Der Internationale Kindertag/Kalenderblätter Juni
- LINKS im Rathaus**
5 Vom 50. „Rathaus report live“ berichtet/Fortsetzung der 50.SVV
- LINKS gewählt**
6 Gewählt in die Fraktion DIE LINKE.Potsdam/Rück- und Ausblick/Wahlmonat Mai 2019/7
- DIE LETZTE SEITE**
8 Seniorencafe wieder aktuell/Stadtwerkefest/Bildungsprogramm der RLS/Rätsel



Neues Schulhaus am Schlaatz übergeben

Schulleiterin Birgit Spickermann hatte am 3. Mai 2019 zur feierlichen Eröffnung der zweiten Schulhälfte der Gesamtschule Am Schilfhof geladen. Während die Sanierung der ersten Hälfte 2012 abgeschlossen wurde, ist der zweite Teil nun seit 2016 modernisiert und mittels Flurvorbau erweitert worden.

Die Schüler wurden während der Bauarbeiten für den Schulunterricht und der Speiseversorgung übergangsweise in Container untergebracht. Die Nutzungsfreigabe der neuen Räumlichkeiten erfolgte seit Beginn des Schuljahres in mehreren Abschnitten. Seit diesem Sommerhalbjahr steht eine großzügig umstrukturierte Mensa im Untergeschoss der Schule zur Verfügung.

Im Rahmen der Neugestaltung der Außenanlagen, die noch bis Mitte Mai andauerten, gibt es neue, große Stellplatzanlagen für Fahrräder. Die Schule ist nun komplett barrierefrei.

Der KIS, zur Eröffnung vertreten durch den Stellvertretende Werkleiter Hansjörg Wapenhaus, investierte im zweiten Bauabschnitt acht Millionen Euro für die Sanierung und Erweiterung des Schulgebäudes und die Gestaltung der Außenanlagen.

Mehr Demokratie wagen: Bedingungen für direkte Demokratie erneut verbessert

Am 17. Mai 2019 ist eine Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg in Kraft getreten, mit der der Gesetzgeber erstmals die Möglichkeit geschaffen hat, einen Volksentscheid mit einer anderen landesweiten Wahl bzw. einem anderen Volksentscheid zusammenzulegen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Thomas Domres, erklärt dazu: „Mit der Neufassung von Artikel 78 Absatz 1 Landesverfassung macht der Landtag – nach den grundlegenden Änderungen des Volksabstimmungsgesetzes 2012 – einen weiteren wichtigen Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Volksgesetzgebung in unserem Land.“

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen: Die Brandenburgerinnen und Brandenburger wollen die Landespolitik aktiv mitgestalten – dafür braucht es

Informationen der Redaktion

Die Juliausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 2. Juli 2019. Redaktionsschluss ist am 20. Juni 2019.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt. HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; Kati Biesecke, Stefan Wollenberg, Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.

REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); H. Jo. Eggstein, Layout; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net; ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 Leserinnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

Verfahren, die den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu diesem wichtigen Mitbestimmungsinstrument erleichtern.

Die Verfassungsänderung wird nun in das Brandenburger Volksabstimmungsgesetz implementiert. Noch im Juni wird der Landtag mit der Beschlussfassung zum Zweiten Gesetz über die Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften diese und weitere Änderungen beschließen, darunter die Schaffung einer Beratungsmöglichkeit beim Landeswahlleiter noch vor Beginn der Unterschriftensammlung und ein Recht der Volksinitiative zur Beseitigung von Mängeln in ihrer Initiative. Damit werden Erfahrungen der Volksinitiativen wie des Landtages mit der gesetzlichen Regelung in Änderungen des Volksabstimmungsgesetzes überführt. Für weitere Änderungen, vor allem die freie Unterschriftensammlung für Volksbegehren, wird sich DIE LINKE weiter einsetzen.“

Stadtverordnete haben gewählt

Die Stadtverordneten haben am 8. Mai 2019 in geheimer Wahl Brigitte Meier zur neuen Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit gewählt. Die 54-Jährige tritt damit die Nachfolge von Mike Schubert an, der diese Position von September 2016 bis zu seiner Wahl zum Oberbürgermeister im November 2018 innehatte. Am gleichen Tag haben die Stadtverordneten in nicht öffentlicher Sitzung den 56-jährigen Diplom-Verwaltungswissenschaftler Dieter Jetschmanegg zum Dezernenten des neu geschaffenen Geschäftsbereichs

Zentrale Verwaltung gewählt. Dieser gliedert sich in die fünf Fachbereiche „Kommunikation und Partizipation“, „Recht und Vergabemanagement“, „Personal und Organisation“, „E-Government“ sowie „Verwaltungsmanagement“ auf. Dem neuen Geschäftsbereich sind 250 Mitarbeiter unterstellt.



OB Schubert und seine nun wieder komplette Beigeordnetenmannschaft

Foto: meetingpoint potsdam

60.000 Euro für Potsdamer Projekte –

Förderwettbewerb „Gemeinsam FÜR Potsdam“ gestartet

Am 11. Mai ist der Startschuss für die dritte Auflage des Förderwettbewerbs „Gemeinsam FÜR Potsdam“ gefallen. Beim von der ProPotsdam und den Stadtwerken imitierten Wettbewerb werden dieses Jahr wieder 60.000 Euro für die besten Potsdamer Projekte ausgeschüttet. Bewerben dürfen sich ehrenamtlich engagierte Potsdamer Vereine und Initiativen, die das nachbarschaftliche und interkulturelle Miteinander fördern.

Die im vergangenen Jahr erstmals praktizierte Unterteilung des Wettbewerbs in vier Kategorien - Sport und Freizeit, Kultur und Kunst, Umwelt und Naturschutz, Nachbarschaft und Soziales - hat sich bewährt und wird so auch in diesem Jahr umgesetzt. Jeweils fünf Projekte werden in jeder Kategorie ausgezeichnet. Jede Kategorie ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert.

„Damit lohnt sich auch für kleinere Vereine die Teilnahme an dem Wettbewerb. Sie haben damit eine realistische Chance, Spendengelder für ihre Projekte zu erhalten“, sagt Sophia Eltrop, Geschäftsführerin der Stadtwerke Potsdam.

(Fortsetzung von Seite 1)

extremisten in jedem Fall senden, weil sich das Gericht in einem Eilantragsentscheid (1 BvQ 43/19) gegen die vorherige Instanz gestellt hat. Karlsruhe teilt demnach nicht die Auffassung des Oberverwaltungsgerichts in Berlin, wo der RBB für die ARD geklagt hatte. Der volksverhetzende Inhalt des Spots sei nicht hinreichend gewiss, der behauptete Zusammenhang von Zuwanderung und Bedrohung nur abstrakt dargestellt.

Vorher waren auch der Bayerische Rundfunk, der Hessische und der Norddeutsche Rundfunk mit ihrem Ansinnen der Nichtausstrahlung vor Gericht gescheitert.

Was soll's, werden einige sagen. Die wahre Intelligenz besteht nicht darin, was Kluges zu sagen, sondern sich den größten Müll mit Gleichmut anhören zu können – ein Spruch eines klugen Altvorderen. Trotzdem, die Bauch-

schmerzen waren da – bei mir jedenfalls. Denn andere kluge Menschen forderten bekanntlich „Menschen seid wachsam!“ und „Wehret den Anfängen!“.

Die Mai-Wahlen haben wir also hinter uns. Doch es geht weiter. Am 1. September 2019 sind wir wieder an die Wahlurne gerufen – ein neuer Landtag soll gewählt werden. Mal sehen, was uns da so blüht...

Bernd Martin

Lohnangleichung zwischen Ost und West bis 2025!

Aus der „Leipziger Erklärung“ der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz der LINKEN zum Parlamentariertag in Leipzig

Anlässlich des 5. Parlamentariertages diskutierten mehr als 200 Abgeordnete der LINKEN aus Bund und Ländern, Mitglieder des europäischen Parlaments, linke StaatssekretärInnen und MinisterInnen mit bekannten Gästen aus Wissenschaft, Kunst und Politik, AutorInnen und VertreterInnen aus Vereinen und Verbänden über ihre Entwicklungserwartungen für die Region Ostdeutschland. Mit dem Claim #MAYdays for future hat DIE LINKE den Stand der Deutschen Einheit und die Frage nach sozialem Frieden zwischen Ost und West zum Schwerpunkt ihrer politischen Debatten gemacht.

Die soziale Einheit ist nicht vollendet

30 Jahre nach der staatlichen Herstellung der deutschen Einheit sind die Ergebnisse des Fleißes und der Kreativität der Menschen in den neuen Bundesländern unübersehbar. Ja, es gibt sie, die sanierten Innenstädte, die frisch asphaltierten Straßen, die neuen Radwanderwege. Das Handwerk hat gut zu tun, Landwirte kultivieren die Landschaft von Kap Arkona bis Zittau.

Theater, Hochschulen und Kliniken sind auf Top-Niveau. Der Osten lebt. Das verdanken wir den Menschen, die dort leben. Zeit, ihnen endlich den nötigen Respekt zu zollen!

Der Preis der Einheit war hoch und die Ostdeutschen zahlen ihn noch lange ab. Da ist der Aderlass in vielen Familien, die Kinder kommen mit den Enkeln zu den Festtagen. Sie arbeiten im Westen. Es fehlt das Kindergeschrei auf den Straßen. Noch immer gibt es im Osten weniger Rente für dieselbe Lebensleistung. Und wer nach der Wende lange arbeitslos war oder nur wenig verdient, dem droht eine mickrige Rente. Die Armutsquote ist jetzt schon höher und es sind mehr Menschen erwerbslos. Ostdeutsche haben weniger Vermögen, die Tarifbindung und die Gewerkschaften sind hier schwächer.

Lohnunterschiede Ost/West

Wie viel ArbeitnehmerInnen in Deutschland verdienen, hängt noch immer vom Wohnort ab. Die Ostdeutschen arbeiten pro Jahr im Durchschnitt 67 Stunden länger und erhalten dafür durchschnittlich 5000 Euro we-

niger Gehalt als ihre westdeutschen KollegInnen. Für DIE LINKE sind das inakzeptable Zustände. Der Lohnabstand zwischen Ost und West ist, ebenso wie der zwischen Frauen und Männern, kein Schicksal, er ist menschengemacht.

Ein wichtiger Weg, um den Lohnabstand zu minimieren, liegt in einer Stärkung der Tarifbindung. Das sieht der DGB so, das sieht DIE LINKE so. Wer nach Tarif bezahlt wird, verdient bereits heute im Osten kaum weniger als im Westen. Dass eine 1:1 Lohnangleichung möglich ist, hat zuletzt die IG-Bau bewiesen. Für die mehr als 600.000 Beschäftigten des Gebäude-reiniger-Handwerks wird die Anhebung der Löhne auf West-Niveau in vier Schritten bis 2020 realisiert. Die Ost-West-Lohnmauer lässt sich dort überwinden, wo Gewerkschaften besonders einflussreich sind.

Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist Verfassungsgebot

Wo das Verfassungsgebot der Herstellung gleichwertiger Lebensverhält-

nisse nicht beachtet wird, da gerät das Grundgesetz selbst in Gefahr. Die Würde des Menschen ist verletzlich, durch das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, durch die Angst, im Alter arm zu sein, durch Einsamkeit, durch den Verlust des Glaubens, dass sich etwas ändern wird, wo sich lange nichts zum Guten gewendet hat. Wenn Wut, Hass und Gewalt zu wenig Gegenwehr finden.

Demokratie gedeiht nur in blühenden Landschaften. Wir haben darum in ganz Deutschland eine besondere Verantwortung im Umgang mit den sozialen wie regionalen Ungleichheiten. Als linke ParlamentarierInnen stellen wir uns dieser Verantwortung täglich. Heute fordern wir ein milliarden-schweres Investitionsprogramm für eine aktive regionale Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik statt Festtagsreden und Wahlkampfpopulismus! Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und gleiche Rente für gleiche Lebensleistungen in Ost und West, für Frauen und Männer, Deutsche und Nichtdeutsche, für Jung und Alt. Bis 2025!

Ein echtes KiTa-Qualitätsgesetz muss her

Von Norbert Müller (MdB)

Am 13. Mai war in Deutschland Tag der Kinderbetreuung. Wie an solchen Anlässen üblich nutzen Politiker*innen aller Parteien den Tag, um sich bei Kita-Erzieher*innen für ihr Engagement zu bedanken, oder Vorhaben zu präsentieren, mit denen sie die Kindertagesbetreuung in Deutschland verbessern wollen – so auch das Bundesfamilienministerium. Auf Twitter verbreitete das Ministerium ein Bild von Franziska Giffey mit dem Satz: „Mit der #Fachkräfteoffensive für ErzieherInnen wollen wir dafür sorgen, dass jedes #Kind Zugang zu guter früh-kindlicher #Bildung erhält und ErzieherInnen für ihre wichtige #Arbeit mehr wertgeschätzt und von Anfang an angemessen bezahlt werden.“

Das wäre auch bitter nötig. Denn Erzieher*innen leiden in Deutschland unter teils miserablen Arbeitsbedingungen, schlechter Bezahlung und Überlastung. Nach wie vor gibt es viel zu wenig KiTa-Erzieher*innen in Deutschland. Was auch zu einem Mangel an tatsächlich verfügbaren KiTa-Plätzen führt. Zwar gibt es in der Bundesrepublik seit Jahren einen Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz, dieser kann aber längst nicht eingehalten werden. Der Grund: während der Bund zwar den Rechtsanspruch auf den KiTa-Platz gesetzlich verankert hat, hat er sich bei der Finanzierung neuer Plätze bisher einen schlanken Fuß gemacht. Die Last tragen vor allem die Länder, die Kommunen und nicht zuletzt die Eltern. Denn wer Glück hat und nach langen Wartezeiten endlich doch einen Platz für sein Kind be-

kommt, muss teilweise horrenden Beiträge bezahlen.

An dieser ungleichen Lastenverteilung wird auch das „Gute-Kita-Gesetz“ nichts ändern. Denn an dem Gesetz ist bis auf den Namen nicht wirklich viel Gutes. Die 5,5 Milliarden, die in dem Gesetz für die nächsten vier Jahre vorgesehen sind, reichen hinten und vorne nicht, um den tatsächlichen Bedarf für einen qualitativen und quantitativen Ausbau zu

decken. Auch nachhaltige Qualitätsverbesserungen sind nicht zu erwarten, schließlich laufen die Mittel bereits 2022 aus. Ob und wie es danach weitergeht ist völlig unklar. So wird vermutlich kein Land in Maßnahmen investieren, die über das Jahr 2022 wirken. Schließlich müssten die Länder nach 2022 wieder alleine für die Kosten aufkommen.

Statt leerer Versprechungen und Politik nach dem Prinzip Gießkanne, braucht es ein nachhaltiges und langfristiges Engagement des Bundes für den Ausbau von KiTa-Plätzen und die Verbesserung der Qualität. Ein wichtiger Schritt dazu wäre ein echtes Kitaqualitätsgesetz. Die Idee ist einfach: Der Bund setzt verbindliche Qualitätsstandards und finanziert diese auch entsprechend. Das betrifft die Betreuungsschlüssel, die Leitungsfreistellung für Fortbildung und Supervision. Zu vereinheitlichen ist auch, wie viele Stunden eine Ganztagesbetreuung ausmachen, denn auch das ist in den einzelnen Ländern höchst unterschiedlich geregelt. Zudem wollen wir ein qualitativ gutes Frühstück, Mittagessen und Vesper in allen Kitas, für das die Eltern nicht extra zahlen müssen. Und vor allem gehörte zu den Anstrengungen für eine gute KiTa auch das Durchsetzen guter Löhne, um die wertvolle Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher endlich gebührend zu honorieren.

In der KiTa-Politik ist noch viel Luft nach oben. Wolkige Worte auf Twitter werden die KiTa-Krise in Deutschland jedoch nicht lösen.



Am 1. Juni findet traditionell der Kindertag statt. Wann denn sonst (?), werden jetzt viele der Einheimischen fragen. So kennen wir es doch von Kind an... Denn weltweit begeht man dieses Datum doch als Internationalen Kindertag. Ziel dieses Aktionstages war und ist es, auf die Rechte der Kinder aufmerksam zu machen.

Historisch gesehen ist die Idee eines Kindertages keineswegs so neu. So feierte man in der Türkei bereits seit 1920 – also zeitgleich mit der Staatsgründung – den Ulusal Egemenlik ve Çocuk Bayramı (dt. Tag des Kindes) immer am 23. April. Als Geburtsstunde des heutigen Internationalen Kindertages muss aber wohl die Genfer Weltkonferenz für das Wohlergehen der Kinder im Juni 1925 angesehen werden, deren 54 internationale Vertreter schließlich die Genfer Erklärung zum Schutze der Kinder verabschiedeten.

Die Gründe für die Wahl des 1. Juni sind zwar nicht ganz eindeutig, jedoch gilt es als wahrscheinlich, dass dies auf den chinesischen Konsul in San Francisco zurückgeht, der anlässlich

Der Internationale Kindertag



des chinesischen Drachenbootfestes – und somit parallel zur oben genannten Genfer Weltkonferenz – an diesem Tag ein Fest für Waisenkinder in der amerikanischen Westküstenstadt veranstaltete.

Obwohl der Gedanke des Schutzes der Kinderrechte auf diese Weise internationale Aufmerksamkeit erfahren hatte, wurde der Internationale Kindertag am 1. Juni in den folgenden Jahren – vor allem nach Ende des Zweiten Weltkriegs – hauptsächlich von

den sozialistischen Staaten begangen.

Erst 1954 beauftragte die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Kinderhilfswerk UNICEF mit der Ausrichtung eines Weltkindertages. Ziel dieses Auftrages war es, dass jeder der UN-Mitgliedsstaaten einen eigenen Weltkindertag (Universal Children's Day) festlegen sollte, um auf diese Weise ein weltweites Zeichen für die Kinderrechte setzen. Während die Wahl des Datums den jeweiligen Ländern selbst obliegt, feiert die UNO den Welt-

kindertag seitdem immer am 20. November. Während die DDR den Internationalen Kindertag im Jahre 1950 einführte und diesen im großen Stil mit zahlreichen Festen und Umzügen feierte, beging man in der BRD den Weltkindertag am 20. September.

Seit 1990 gilt nun der Weltkindertag im September als der offizielle des Landes. Trotzdem wird – hier besonders in den neuen Bundesländern – auch der 1. Juni nach wie vor gefeiert. Besonders deutlich wird dies in der ehemals geteilten Hauptstadt Berlin, wo beide Kinder-Feiertage einen festen Platz im Veranstaltungskalender haben.

Und wer von Euch nichts damit anzufangen vermag, für den/die bietet der 1. Juni mit dem Sag-etwas-Nettes-Tag (engl. National Say Something Nice Day), dem internationalen Weltmilchtag (engl. World Milk Day), dem US-amerikanischen Tag des Nagellacks (engl. National Nail Polish Day) oder dem Tag der Olive (engl. National Olive Day) eine ganze Reihe kalendarischer Alternativen bzw. Kombinationsmöglichkeiten.

KALENDERBLÄTTER JUNI

1764

Der „Mehrwert“ von Beamten

Die am 12. Juni erlassene Kabinettsordre Friedrich II. legt fest, dass Beamte nicht mehr mit 'Du', sondern mit 'Ihr' anzureden sind.

1909

Grundstein für Nikolai-Gemeindehaus

Für das Gemeindehaus der Nikolai-kirche in der Hoditzstraße 10/11 (heute Wilhelm-Staab-Straße, Nikolaisaal) wird am 10. Juni der Grundstein gelegt. Der Umbau der beiden vorhandenen Wohnhäuser kostet 65.000 Goldmark.

1929

Erfolgreicher Stadt-Achter

Bei der 9. Potsdamer Ruderregatta ist der Potsdamer Ruder-Club am 30. Juni im Stadtachter erfolgreich.

1949

Die Einheit Deutschlands im Blick

Gerhart Eisler spricht am 20. Juni im Nikolaisaal über seine Erlebnisse in den USA¹; er führt u.a. aus: „Mein Fall hat eine Lehre: Es gibt eine internationale Solidarität für alle Deutschen, denen man traut, daß sie für Frieden und den Fortschritt kämpfen. Die Amerikaner wollen unser Vaterland zerreißen, aber wenn wir entschlossen „Nein“ dazu sagen, wenn wir die nationale Front aller Deutschen festigen, indem wir uns einmütig hinter die Forderungen des 3. Deutschen Volkskongresses und des sowjetischen Außenministers Wyschinskij in Paris² stellen, dann werden auch die Friedenskräfte der Welt „Nein“ sagen und wir werden unser einheitliches Deutschland gewinnen.“

Der Kreisvolksausschusses Potsdam tagt am 28. Juni mit 410 Teilnehmern. Der Ausschuss wird auf 80 Mitglieder erweitert. Reinhold Gans, Vorsitzender des Ausschusses, erklärt: „Wir sind die

letzte Generation, die die Einheit Deutschlands kennt. Und wir wollen deshalb auch die erste Generation sein, die die Einheit Deutschlands wieder herstellt.“

1959

Teenager-Treff und Sonnenwendfeier

Das Jugendklubhaus „John Scheer“ und die FDJ-Gruppe des Funkhauses Potsdam veranstalten am 6. Juni gemeinsam einen „Teenager-Treff“. Es gibt Gespräche über Technik und Mode sowie Gesang und Tanz. Die Presse schreibt: „Müssen unbedingt in Nietenhosen Nieten stecken? Mitnichten! Wer am vergangenen Sonnabendabend im Jugendklubhaus „John Scheer“ beim Teenager-Treff [...] mit von der Partie war, der konnte sich durchaus davon überzeugen, dass die „Halbstarke“ mehr können als halb stark sein.“ (MV, 11. 06. 1959)

Zur Sonnenwendfeier auf dem Alten Markt kommen am 22. Juni ca. 2.000 – meist jugendliche – Potsdamer. Oberbürgermeister Wilhelm Rescher unterstreicht in seiner Ansprache: „Hier, auf den Trümmern des faschistischen Krieges, brennt heute das Feuer der

Sonnenwende. Es ist der Tag, an dem sich die Menschheit schon immer nach Frieden und Freiheit sehnte.“ (MV, 24. 06. 1959)

1969

Broilerbar und Kreis-MMM

Am 16. Juni wird die Broilerbar in der Heinrich-Rau-Allee (heute Am Kanal) eröffnet. Sie gehört zur Gaststätte „Zum Atlas“. „Den Potsdamer Feinschmecker wird es jetzt mehr denn je in Richtung „Atlas“ ziehen - nicht nur wegen der berühmten Potsdamer Stange. Ring frei für die erste Broilerrunde, hieß es gestern um die Mittagsstunde...“ (MV, 17. 06. 1969)

Die 11. Stadt- und Kreismesse Potsdam der Meister von morgen (MMM) in der Sporthalle wird am 19. Juni von Helmut Schröter, Vorsitzender der Kreisplankommission Potsdam-Land, und Hans Kleinschmidt, 2. Sekretär der Kreisleitung Potsdam der SED, eröffnet. Über 250 Exponate sind ausgestellt - darunter das von Peter Möller, Mitglied der Neuererbrigade der PGH der Vulkanseure, „Handeinschusspistole für Spikes“.

-rt

¹ Er war als Kommunist dort inhaftiert und verhört worden

² gemeint ist die Pariser Außenministerkonferenz

„Rathausreport live“ im „Marchwitza“

Es ist manchmal schon erstaunlich, wie schnell die Zeit vergeht. Wieder ist eine Wahlperiode der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung rum – die fünf Jahre sind wie im Fluge vergangen. Die letzte Stadtverordnetenversammlung, die 50., tagte am 8. Mai und am Sonntag darauf folgte der ebenfalls schon traditionelle politische Frühschoppen der Fraktion DIE LINKE, natürlich auch der 50., im „Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte“. Die meisten Teilnehmer kannten das Gebäude noch als Kulturhaus „Hans Marchwitza“...

Eingeladen hatte wie üblich der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und mit ihm saß die Fraktionsgeschäftsführerin Dr. Sigrid Müller im Kleinen Präsidium. Beide standen – laut Einladung – wie üblich nach



einer SVV Rede und Antwort zu aktuellen Fragen der Stadtpolitik. Und Schar-

fenberg betonte es auch mit Recht: „Wir sind die einzige Fraktion, die sich offen öffentlich allen Fragen, Kritiken und Vorschlägen stellt.“ Das sei praktizierte Bürgernähe, unterstrich Scharfenberg. Und das kommt offenbar bei den Potsdamer*innen seit Jahrzehnten an. Seit 26. Jahren erscheint der „Rathausreport“ mit Erfolg. Und so war es nicht verwunderlich, dass aus dem Publikum zum Abschluss speziell der Wunsch geäußert wurde, dass z. B. der Politfrühschoppen in der nächsten Legislatur weitergeführt werde.

Doch bleiben wir erst einmal bei der letzten SVV vor den Kommunalwahlen 2019. „Wie so oft haben wir das Sitzungsspensum (von 114 Tagesordnungs-

punkten) nicht an einem Tag geschafft. Wir mussten am folgenden Montag

quasi nachsitzen und den Rest abarbeiten“, erläuterte Scharfenberg zu Beginn. Danach berührte er die Themen, die von besonderem Interesse für die Potsdamer*Innen sind. So das Thema Uferwege. Scharfenberg begrüßte es, dass der Uferweg in der



Speicherstadt an der Leipziger Straße nun ab 2020 realisiert werden soll. Ebenso begrüßte der Fraktionschef die kommende „Wohnungstauschzentrale“. Das Projekt soll nun endlich Ende 2019 starten.

Als weitere positive Ergebnisse schilderte Scharfenberg z. B. den mehrheitlich beschlossenen Dringlichkeitsantrag der LINKEN zum Erhalt der Poststelle im Sterncenter. Mit Blick auf das Nutzungsende des Rechenzentrums für Kunstschaffende ist der ebenfalls be-

schlossene Antrag der LINKEN zur Erarbeitung eines Atelierförderprogramms für Kreative als zukunftsweisend zu werten. Ebenso bestätigten die Stadtverordneten mehrheitlich die von der LINKEN geforderte Aufstellung von Bebauungsplänen für die Brandenburger Vorstadt.

Einen Wermutstropfen musste jedoch auch DIE LINKE in der letzten SVV schlucken: Es geht um die Zukunft für den Staudenhof. „Hier finde ich es bedauerlich, dass die von der Linksfraktion vorgeschlagene Orientierung auf ein behut-

sames Vorgehen bei der weiteren Gestaltung der Potsdamer Mitte von einer Mehrheit abgelehnt wurde. Unser Anliegen, mit der klaren Schwerpunktsetzung auf bezahlbares Wohnen Sicherheit für die Betroffenen zu schaffen und eine Grundlinie für das weitere Vorgehen zu fixieren, wurde mit fadenscheinigen Argumenten in Frage gestellt. Die Auseinandersetzung wird also weiter gehen“, unterstrich Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Dem ist nichts hinzuzufügen. -bm

Fortsetzung der 50. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Mai 2019

Umgestaltung der Heinrich-Mann-Allee – und die Anwohnenden?

Über die Planungen für die weitreichende Umgestaltung der Heinrich-Mann-Allee zwischen Friedhofsgasse und Leipziger Dreieck wissen die Anwohnenden und Gewerbetreibenden bis heute nicht, was wann passieren soll und welche Auswirkungen das hat. Verschwindet die Allee, weil alle Bäume gefällt werden? Wie wird die Verkehrsführung während der Bauzeit? Wie gestaltet sich der Verkehr nach Abschluss der Bauarbeiten auf einer dann nur 5 Meter breiten Straße? Was ist mit dem Schutz vor Lärm und Staub? Was wird mit den Parkplätzen? Auf dies und andere Fragen eine Antwort und Unterstützung suchend, haben sie sich an uns gewandt. Um dieses Informations- und Mitsprachedefizit aufzuheben, haben wir die Durchführung einer Informationsveranstaltung vor Beginn der Bauarbeiten eingefordert. Das Anliegen stieß auf Zustimmung der anderen Stadtverordneten, sodass schließlich sogar beschlossen wurde, eine Einwohnerversammlung nach Hauptsatzung einzuberufen.

Parken leichter machen – durch Querungshilfen für Bordsteine

Parkplätze in Potsdam sind rar. Wenn die dann auch noch nur schwer und durch Befahren von Fußwegen erreichbar sind, muss Abhilfe her. Besonders hohe Bordsteine können durch das Anbringen von Schrägen das Längsparken erleichtern, ohne dass Fußgänger und Radfahrer gefährdet und Autos Schaden nehmen. Ob das an ausgewählten Straßen möglich ist, soll nun bis September 2019 geprüft werden.

Kinder- und Jugendklubs – Verbesserung der personellen Ausstattung

Potsdam wächst rasant. Sowohl die Anzahl, vor allem aber die personelle Ausstattung der Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche hinkt dieser Entwicklung hinterher. Gemessen an der im Jugendförderplan der Stadt fixierten Aufgaben der Klubs als sozialbegleitete Schutzräume, Stätten für präventive und proaktive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und für die Förderung deren individueller und sozialer Entwicklung ist eine Besetzung mit nur zwei Sozialpädagogen je Einrichtung definitiv zu wenig. Unser An-

trag zu prüfen, in welchen Einrichtungen deren Anzahl entsprechend der Angebote und Auslastung erhöht werden muss, wurde trotz unserer Intervention in den Jugendhilfeausschuss geschickt. Nun kann erst die neue Stadtverordnetenversammlung darüber befinden, wie es in den Klubs weitergeht. Schade um die vertane Zeit!

Schutz vor Lärm, Staub, Staus und Unfällen – Durchfahrtsverbot für LKW im Stadtgebiet

In Dresden gilt es bereits, in Leipzig wird es geprüft, das LKW-Durchfahrtsverbot. Rechtliche Grundlagen sind in der StVO und in der Bundesemissionschutzverordnung gegeben.

Wir haben beantragt, dieses Verbot auch für Potsdam zu prüfen und hatten Erfolg

damit. Erreicht werden soll so eine Reduzierung von Schadstoffen, Lärm, Unfallgefahr, Schäden an Straßen und Gebäuden und Staus. Obwohl andere Fraktionen erklärten, dass der LKW-Durchgangsverkehr nicht ausreiche und für Potsdam die rechtlichen Grundlagen nicht greifen würden, was schon hinreichend geprüft sei, um ein solches Verbot zu erlassen, hat man sich wohl so kurz vor der Wahl nicht getraut, ein solches verkehrspolitisch brisantes Problem einfach wegzustimmen. Im September soll das Prüfergebnis vorliegen.



Nach OVG-Entscheid: Auch Kita-Bildung muss beitragsfrei werden

Das Oberverwaltungsgericht hat die Normenkontrollanträge einiger Eltern gegen mehrere Kita-Beitragsatzungen abgewiesen. Dazu erklärt Gerrit Große, kinderpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag: „Mit großem Bedauern nehmen wir die Entscheidung vom 22. Mai zur Kenntnis. Es ist eine herbe Niederlage für die klagenden Eltern und damit für alle Eltern, die gegen intransparente und zu hohe Beiträge vorgehen.“

DIE LINKE will sich gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode der dringenden Herausforderung stellen, ein neues, rechtssicheres Kita-Gesetz auf den Weg zu bringen. Für uns bleibt es dabei: Kita muss endlich elternbeitragsfrei werden, weil Bildung immer beitragsfrei sein muss. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen – erst recht nicht am Anfang bei den Kleinsten.“

Landtag sichert mehr bezahlbaren Wohnraum in Brandenburg

Der Landtag hat das Gesetz über soziale Wohnraumförderung und das Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum beschlossen. Dazu erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Anita Tack: „Mit den beiden Gesetzen ermöglicht das Land mehr Wohnraum und bedarfsgerechte Wohnformen. Dazu gehörten höhere Einkommensgrenzen für Mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen und die Förderung des studentischen sowie des gemeinschaftlichen Wohnens in verschiedenen Formen. Mit dem Gesetz zur sozialen Wohnraumförderung hat das Parlament der Landesregierung auch Vorgaben für künftige Förderrichtlinien gemacht. Tack erwartet, dass diese Richtlinien bürokratische Hürden bei studentischem Wohnen abbauen sowie die Förderung von Wohnungen unter 50 m² und von nichtkommerziellen Bau- und Mietergemeinschaften regeln.“

„DIE LINKE hat sich dafür stark gemacht, die Zweckentfremdung von Wohnungen zu verbieten – sie sind zum Wohnen da und nicht für Gewerbe oder den Tourismus“, sagte Tack. Weitere Ziele seien die Einführung der Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft und eines Mietpreisdeckels, wie er auch in Berlin gefordert werde.“

Quo vadis Potsdam – neue Herausforderungen

Der vergangene Wahlsonntag war kein einfacher für DIE LINKE. Die großen Veränderungen im politischen System blieben auch in Potsdam nicht ohne Auswirkungen. Drei Parteien zogen nahezu gleichauf in die Stadtverordnetenversammlung ein. Erstmals seit über 20 Jahren, ist die LINKE nicht mehr stärkste Kraft, liegt knapp hinter SPD und Grünen auf Platz 3. Dieses Ergebnis ist eine Zäsur – und es macht uns natürlich nicht glücklich. Es allein aus der Potsdamer Situation heraus zu erklären, ist sicherlich nicht möglich. Die Europawahl war eine Richtungs- wahl. Und viele Bürger*innen haben das auch erkannt, wie sich an der deut-

lich gestiegenen Wahlbeteiligung zeigt. Das ist bei allem Ärger auch Grund zur Freude – denn dass wieder mehr Menschen wählen gehen, ist gut für die Demokratie. Noch besser wäre es, wenn die Zahl jener, die Parteien wählen, die die Demokratie abschaffen wollen, wieder sinken würde.

Aber die Potsdamer*innen haben sich mit ihrem Votum sehr klar positioniert. Ca. 70% der Stimmen gingen an Parteien im linken Lager: SPD, LINKE, Grüne und Die Andere. Dieses Votum ist auch ein klarer Auftrag an die neue Stadtverordnetenversammlung: für eine Politik des sozialen Ausgleichs in der Stadt, ein Votum dafür, alle Men-

schen mitzunehmen bei der Entwicklung. Es wird uns gelingen müssen, bezahlbares Wohnen, den Ausbau der sozialen Infrastruktur, die Lösung unserer Verkehrsprobleme und den Klimaschutz miteinander zu verbinden. Die Herausforderungen sind vielfältig – und sie werden in den kommenden fünf Jahren nicht kleiner werden.

Diesen Auftrag nehmen wir als LINKE an. Mit den nunmehr 10 Stadtverordneten der neuen Fraktion werden wir dafür streiten, dass niemand zurückgelassen wird, Potsdam eine Stadt für alle Potsdamer*innen bleibt und Bürgerwille wahr- und ernstgenommen wird. Wir sind auch weiter für Sie da.

Das ist die gewählte SVV-Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Michel Berlin,
Regional-
wissenschaftler



Sascha Krämer,
Angestellter



Jana Schulze,
Angestellte



Dr. Anja Günther,
Diplom
Biochemikerin



Tina Lange,
Musik- und
Physiklehrerin



Isabelle Vandré,
Mdl



Ralf Jäkel,
Diplom Ingenieur



Dr. Sigrid Müller,
Geschäftsführerin



Stefan Wollenberg,
Landes-
geschäftsführer DIE
LINKE



Dr. Hans-Jürgen
Scharfenberg, Mdl



„Wir haben die Erde nur geliehen...“

„Das Energieforum Potsdam und die Potsdamer Fridays-for-future-Schüler*innen luden im Vorfeld der Wahl zu einer gut besuchten Podiumsdiskussion, bei der ich rege mitdiskutieren durfte. Im Anschluss daran habe ich einige Forderungen formuliert, für die ich persönlich stehe und denen ich weiterhin meine Aufmerksamkeit widmen möchte, denn wir haben die Erde nur von unseren Enkeln geliehen!

Wir brauchen:

- den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energie schnellstmöglich
- raus aus der Kohlesubvention,

mehr Sonnenenergie-Nutzung (auch auf Potsdamer Dächern!)

- viel mehr ÖPNV in Potsdam
- Radwege und Radfreundlichkeit nach Kopenhagener Modell - Dezentralisierung durch eine „Stadt der kurzen Wege“ - SVV-Beschlüsse unter Klimavorbehalt - Erhalt der Grünflächen und sämtlicher Landschaftsschutzgebiete in Potsdam statt wilder Flächenversiegelung - schnelles Handeln - Reichtum umverteilen, damit jede*r sich gegen den Klimawandel einsetzen kann - denn heute braucht man dafür leider noch zu viel Geld

Was wir nicht brauchen:

- Hr. Said, einen AfD-Klimawandel-Leugner, der behauptet, an der Erderwärmung sei ja gar nicht der Mensch Schuld
- die tollen aktiven Schüler*innen als zu junge uninformierte Spinner hinzustellen und ihnen zu erzählen, wir würden schon genug machen – tun wir nämlich nicht.“

Tina Lange, gewähltes Mitglied der SVV-Fraktion DIE LINKE, Ortsbeiratsmitglied Fahrland und Direktkandidatin im Wahlkreis 19 für die Landtagswahlen 2019

Volles (Wahl-)Programm im Monat Mai

Der „Wonnemonat Mai“ hatte es wirklich in sich in diesem Jahr. Eine Veranstaltung reihte sich an die andere in Sachen Kommunal- und Europawahlen. Schon zum Maifest am 1. des Monats waren die Wahlziele der Parteien allgegenwärtig. Am 9. Mai 2019 wurde dann auf dem Alten Markt das zweite Potsdamer Europafest gefeiert. Eingeladen waren Alle, die mit Kopf (gemeinsamer Austausch), Herz (für Europa), Bauch (das leibliche Wohl), Händen und Füßen (Mitmachangebote, Musik und Tanz) dabei sein wollten. Neben einem bunten Bühnenprogramm wurde die Streetsoccer-Euro-



„ernstgemeint“e Musik zur Wahlparty (oben)
 Helmut Scholz als Talkgast (z.v.l.) beim Europafest
 Martin ganz in Familie
 Erdbeeren und Informationen in Tüten.
 Und der Haifisch...
 Fotos: B. Martin (3), L. Gagsch (1)
 privat (1)



pameisterschaft der Potsdamer Grundschulen ausgetragen, stand ein „analoger Wahl-o-Mat“ (Info-Tafeln der Parteien zur Europawahl) bereit, gab es kurze Talk-Runden mit Kandidaten zur diesjährigen Europawahl auf dem Plan (FOTO).

An vielen, vielen Infoständen standen die Kandidaten für die SVV gern Rede und Antwort. Unzählige „giveaways“ (Werbematerial zum Mitnehmen) wurden verteilt. Im nördlichen ländlichen Raum verteilten die Kandidaten des WK 2 Tina Lange und Dr. Ronald Pienkny 400 Erdbeerpflanzen aus Neu Fahrland, gemeinsam mit interessanten Informationen rund um die Kommunalwahl in den praktischen Papierbeuteln der LINKEN (FOTO) und am 11. Und 12. Mai verteilten sie diese Beutel dann im

Bornstedter Feld, in Fahrland und Neu Fahrland. Ein grüner Gruß mit roten Früchten - ganz im Sinne der Naturnähe. Am Stern grillte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg wieder zu Gunsten der Kindereinrichtung am Keplerplatz. Ge-grillt wurde auch am 13. Mai auf dem Hof der Landesgeschäftsstelle in der Alleestraße mit dem Spitzenkandidaten der LINKEN für die Europawahl, Dr. Martin Schirdewan (FOTO).

Am 25. Mai schließlich konnte Isabell Vandre, MdL und SVV-Kandidatin für den WK 3, zum Wahlkampfabschluss am Brandenburger Tor liebe Gäste begrüßen: LINKEN-Parteichef Bernd Rie-xinger, den EU-Spitzenkandidaten Dr. Martin Schirdewan und Sebastian Walter, Spitzenkandidat der LINKEN für die kommende Landtagswahl im September 2019.

Der 26. Mai – der Wahlsonntag, begann für viele damit, die riesigen Wahl-

zetteln zu studieren und dann – nach dem Ankreuzen – passgerecht für die Wahlurne zu falten. Am Nachmittag traf man sich in der Alleestraße. Eine Feierstraße, denn mittlerweile begehen neben den LINKEN im Lothar-Bisky-Haus auch die SPD im Regine-Hildebrandt-Haus und das Bürgerbündnis im Cafe Matschke in dieser Straße ihre Festivitäten.

In der Alleestraße 3 konnten die Gäste gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Christian Görke und anderen Prominenten feiern. Für eine gute musikalische Umrahmung sorgten die drei Potsdamer Jungs von „ernstgemeint“.

Arbeitszeiterfassung stärkt Arbeitnehmerrechte

Im Mai 2019 hat der Europäische Gerichtshof die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt. Unternehmen sollen künftig verpflichtet werden, die täglichen Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten systematisch zu erfassen. Dazu erklärt der Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaften der LINKEN im Landtag, Dr. Andreas Bernig: „Das Urteil des EuGH stellt einen wichtigen Schritt dar, um unzulässige Arbeitszeit-Überschreitungen zu verhindern. Das schützt die Arbeitnehmerrechte, wie sie in den EU-Richtlinien und in der EU-Grundrechtecharta festgelegt sind. Außerdem erschwert es Unternehmen, den gesetzlichen Mindestlohn durch unbezahlte Mehrarbeit zu umgehen. Das deutsche Arbeitszeitgesetz regelt bisher nur die Registrierung von Überstunden, die über die reguläre Arbeitszeit von acht Stunden am Tag hinausgehen. Dies nutzt jedoch nur, wenn auch die übrige Arbeitszeit erfasst wird.“

Appell der Klimaforscher unterstützen

Etwa 250 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben am 11. Mai am „March for Science“ in Potsdam teilgenommen. Dazu erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete der LINKEN, Anita Tack: „Das Streben nach Nachhaltigkeit in Brandenburg muss im Interesse des Klimaschutzes wieder stärker in den Fokus rücken“. Rot/Rot habe seit 2009 schon vieles auf den Weg gebracht, es reiche aber noch nicht aus. .

Ein wesentlicher Bestandteil der Strategie ist das Handlungsfeld „Brandenburg als Modellregion für Energiewende und Klimaanpassung“. Das Ende der Braunkohleverstromung ist beschlossen. Deutschlands Klimaschutzziele sind im Pariser Klimaschutzabkommen verankert.

Tack: „Die Wissenschaftler*innen fordern, dass die Klimaziele eingehalten werden und der Kohlendioxid-Ausstoß einen Preis bekommt. Das sind auch wesentliche Ziele der LINKEN.“ Dazu komme ein möglichst schneller Ausstieg aus der Braunkohle und eine ökologische Verkehrswende. „Diese Punkte werden wir in den nächsten Jahren konsequent angehen.“



Stadtwerke sagen DANKE

Vom 28. bis 30. Juni 2019 findet das diesjährige Stadtwerkefest im Lustgarten statt. Traditionell beginnt die Megasausa mit einem Klassikkonzert am Freitagabend. Am Sonnabend startet dann die große Pop- und Rock-Show. Der Eintritt ist frei. Am Sonntag klingt das Event dann mit dem Kinder- und Familienfest von 14 bis 19 Uhr aus.

Foto: SWP

Die Pflanze des Jahres 2019: „Hummelkönig“ ...



... ein Insektenliebling in sonniger Lage. Bei nachlassender Blüte die Pflanze ab Mitte Juni leicht zurückschneiden für einen zweiten Blütenflor bis in den Herbst.

Foto: Lutz G a g s c h

Alte Tradition, neu aufgefrischt

Sie erinnern sich bestimmt noch der Zusammenkünfte unter dem Logo „Treffpunkt Senioren“, die monatlich durch die Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik der Partei „DIE LINKE“ arrangiert wurden.

Der Treffpunkt war so ein Miteinander-Begegnen, wo man was Neues erfuh, seine Probleme am richtigen Mann/Frau los wurde, über Kunst und Literatur debattierte, um Politik und politische Überzeugungen, mitunter recht lebhaft, aber immer konzilient und freundschaftlich stritt. Treffpunkt, das hieß aber auch, dass man sich nicht nur in den eigenen „Vier Wänden“ traf, sondern auch an Orten aktuellen Geschehens.

Da bei den Mitstreitern der Senioren-AG naturgemäß das Älterwerden nicht vorbei gegangen ist, wollen nun Jüngere dort weiter machen, wo die Alten aufhören mussten. Aber die Neuen bringen auch neue Gedanken, Aktivitäten, Denkmodelle, mit ein. Bei

einer Tasse Kaffee, einem Stückchen Selbstgebackenem oder auch bei einem Glas Bier sitzt es sich doch besser zusammen, fließt das Reden munter fort. (Anleihe bei Schiller) Deshalb wird



der Treff nun auch Seniorencafe genannt und der Kreisvorstand deckt in der Geschäftsstelle Zepelinstraße 7, der neuen Heimat des Kreisvorstandes, die Kaffeetafel. Die nächste Kaffeerunde im Juni wird wegen der

Auswertung der Wahlen, die dann hinter uns liegen und der Wahl die noch vor uns steht, sicher sehr interessant. Natürlich geht es uns auch wieder um aktuelle Probleme und darum, die Sorgen an richtiger Stelle los zu werden.

Wir rechnen mit vielen Kaffeetrinkern am 17. Juni 2019 ab 15.00 Uhr! Der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller wird dort anwesend sein, um über die aktuelle Situation der Arbeit im Bundestag zu berichten.

SUDOKU

	8			2	
	7		6		1
2			9		6
		1 8		6	
8					5
	1		3 2		
3		7			4
9		6		1	
	4			6	

Auflösung Mai

6	1	5	3	2	7	8	4	9
8	7	4	6	1	9	5	2	3
9	3	2	8	5	4	6	7	1
1	6	9	2	3	8	4	5	7
4	8	3	9	7	5	2	1	6
5	2	7	4	6	1	3	9	8
7	9	8	5	4	6	1	3	2
3	4	6	1	9	2	7	8	5
2	5	1	7	8	3	9	6	4

Bildungsprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg

Dienstag, 4. Juni 2019

18.00 Uhr. Landtag Brandenburg, Saal 2.050, Alter Markt 1, 14467 Potsdam: Gerechte Renten für den Osten! mit Matthias W. Birkwald, MdB (Rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag), Bettina Fortunato, MdL (Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg), Xaver Ketterl (Referent der Geschäftsstelle der Volkssolidarität) und Dr. Samuel Beuttler-Bohn (Sozialverband VdK Deutschland). 25. Dienstagsgespräch in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg.

Anmeldung: Via veranstaltungen@linksfraktion-brandenburg.de, Betreff »Rente«, oder per Telefon unter 0331/966 15 03.

Donnerstag, 6. Juni 2019

18.00 Uhr. Landesgeschäftsstelle der RLS Brandenburg e.V. (Atrium), Dortustr. 53, 14467 Potsdam: Neue Entwicklungen, alte Spannungen im karibischen Raum - Zur aktuellen Lage in Kuba und Venezuela. Gespräch mit Prof. Manuel Torres (Havanna) und Prof. Raimund Krämer (Vorstandsmitglied der RLS Brandenburg).

Donnerstag, 13. Juni 2019

18.00 Uhr. Landesgeschäftsstelle der RLS

Brandenburg e.V. (Atrium), Dortustr. 53, 14467 Potsdam: Die Kündigung des INF-Vertrags von 1987 über nukleare Mittelstreckensysteme und die Folgen. Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Lutz Kleinwächter (Vorsitzender des WeltTrends e.V. Potsdam)

Freitag, 14. Juni 2019

17.00 bis 22.00 Uhr / und Sonnabend 15. Juni 2019, 11.00 Uhr bis 19.00 Uhr, Landesgeschäftsstelle der RLS Brandenburg e.V. (Atrium), Dortustr. 53, 14467 Potsdam: Staat im Kapitalismus - Debatten der Neuen Linken. Lektüreseminar mit Moritz Zeiler (Historiker, Politikwissenschaftler und Autor) mit Texten u.a. von Bernhard Blanke, Ulrich Jür-

gens, Hans Kastendiek, Norbert Kostede, Heide Gerstenberger und Nicos Poulantzas. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um vorherige Anmeldung: per Telefon unter 0331.8170432 oder per E-Mail an info@bbg-rls.de

Montag, 17. Juni 2019

18.00 Uhr. Landesgeschäftsstelle der RLS Brandenburg e.V. (Atrium), Dortustr. 53, 14467 Potsdam. Revolutionärin aus jüdischem Hause. Neue Forschungsergebnisse zur Familiengeschichte Rosa Luxemburgs. Vortrag und Diskussion mit Dr. Holger Politt (Philosoph, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau)